

Altmärker protestieren

Berlin/Salzwedel (ht). Altmärker haben gestern zusammen mit Vertretern von Bürgerinitiativen aus Brandenburg und Schleswig-Holstein vor dem Bundeswirtschaftsministerium in Berlin gegen die geplanten unterirdischen Kohlendioxid-Endlager protestiert. Anlass war die zweitägige Anhörung zum „Gesetz zur Demonstration und Anwendung von Technologien zur Abscheidung, zum Transport und zur dauerhaften Speicherung von Kohlendioxid“ – kurz CCS-Gesetz. Dieses soll noch in diesem Jahr vom Bundestag beschlossen werden und würde den rechtlichen Rahmen für die geplante Verpressung von 100 000 Tonnen CO₂ in eine Erdgaslagerstätte bei Mahlsdorf bieten.

Zur gestrigen Anhörung selbst waren die Vertreter der Bürgerinitiative „Kein CO₂-Endlager Altmark“ nicht zugelassen. Am Gesetzentwurf wird von Umweltschützern massive Kritik geübt. Unter anderem ist vorgesehen, dass Unternehmen, die Kohlendioxid in den Untergrund verpressen, 30 Jahre nach Abschluss des Verpressens aus der Haftung entlassen werden können. Für Forschungsspeicher – bis zu 100 000 Tonnen, so wie in der Altmark geplant – soll es eine Reihe von Ausnahmeregelungen geben. So muss es nicht unbedingt einen Nachweis der Langzeitsicherheit geben.

Wenn Kohlendioxid verpresst wird, werde die Bevölkerung der betroffenen Region „automatisch zu Laborratten im Freilandgroßversuch“, erklärte gestern Lothar Lehmann, Sprecher der altmärkischen BI, in Berlin.